



News

| research with impact

- i Editorial:  
Franziskus' „Umwelt-Enzyklika“: Eine Utopie!**
- i Deutsches Handwerk blieb 2014 hinter  
Gesamtwirtschaft zurück**
- i Immer mehr Privathaushalte nutzen  
erneuerbare Energien**
- i Krankenhaus Rating Report 2015:  
Kurzfristig höhere Erträge, langfristig große  
Herausforderungen**

Nr. 2/2015

# Franziskus' „Umwelt-Enzyklika“: Eine Utopie!



„Laudato Si“ – „Gelobt seist du, (Herr)!“. Dies ist der Titel der von Papst Franziskus im Juni 2015 veröffentlichten Enzyklika. Ist dafür auch Franziskus der Erste zu loben? Unbedingt!

Denn zum ersten Mal in der Geschichte der katholischen Kirche spielen Umwelt- und Klimaschutz eine zentrale Rolle in einem päpstlichen Lehrschreiben. Für eine Institution, für die die Bewahrung der Schöpfung Programm ist, scheint das zwar reichlich spät. Das Erscheinen dieser Enzyklika zeigt jedoch die Reformbemühungen Franziskus' und ist ein wichtiges Ereignis in einem Jahr, in dem auf dem Weltklimagipfel in Paris über ein globales Klimaabkommen entschieden werden soll.

So konstatiert der Papst darin, dass die Umwelt, insbesondere Ozeane und Atmosphäre, gemeinschaftliches Eigentum der Menschheit sind. Gleichzeitig wendet er darin erstmals das Prinzip der Gemeinwohlpflichtigkeit

des Privateigentums auf Atmosphäre und Ozeane an: Privateigentum ist nur legitim, wenn es mit dem Gemeinwohl vereinbar ist. Er stellt damit das unbegrenzte Eigentumsrecht an der Nutzung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas in Frage. Damit berührt die „Umwelt-Enzyklika“ fundamentale Fragen der Eigentumsordnung.

Neben den unbestreitbaren Stärken weist dieses ökologische Manifest allerdings auch gravierende Schwächen auf. Teils verbinden sich der klassisch-katholische Skeptizismus gegenüber Markt und Technik mit den üblichen Verurteilungen des vermeintlichen menschlichen Fehlverhaltens. Eine Hauptschuld wird dem Markt zugewiesen, der dazu neige, „einen unwiderstehlichen Konsum-Mechanismus zu schaffen, um seine Produkte abzusetzen.“

Entsprechend wird zur Lösung der Umwelt- und Klimaprobleme nicht auf marktwirtschaftliche Instrumente der klassischen Umweltpolitik – wie Kohlendioxidsteuer oder Emissionshandel – gesetzt, sondern eine Einschränkung des Konsums vorgeschlagen. Franziskus wird hierzu sehr konkret und rät unter anderem zur „Vermeidung des Gebrauchs von Plastik und Papier“, zur „Einschränkung des Wasserverbrauchs“ sowie zur „Trennung der Abfälle“ und empfiehlt, „Bäume zu pflanzen“ und „unnötige Lampen auszuschalten.“ Diese Lösungsvorschläge sind zwar wenig überraschend für Franziskus, der wie Franz von Assisi ein einfaches Leben nahe der Natur und in Solidarität mit den Armen predigt. Ob sich alleine damit die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen lassen, ist aber zumindest aus ökonomischer Sicht stark zu bezweifeln.

*Prof. Dr. Manuel Frondel*

**Prof. Dr. Manuel Frondel**

*Leiter des RWI-Kompetenzbereichs „Umwelt und Ressourcen“ und Professor für Energieökonomik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum*

### Deutsches Handwerk blieb 2014 hinter Gesamtwirtschaft zurück

*Das deutsche Handwerk blickt auf ein vergleichsweise erfolgreiches Jahr 2014 zurück. Das zulassungspflichtige Handwerk machte ein Umsatzplus von 2,4%, das zulassungsfreie Handwerk legte sogar um 2,9% zu. Beide hinkten jedoch erneut der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hinterher. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle RWI-Auswertung. Auch in diesem Jahr bleiben die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das deutsche Handwerk günstig. Die Umsätze dürften laut RWI-Prognose entsprechend um 2 bis 2,5% steigen, was auf einen Gleichlauf von Handwerk und Gesamtwirtschaft hindeutet.*

Nach zwei Jahren mit Einbußen verlief das vergangene Jahr für das deutsche Handwerk vergleichsweise erfolgreich. Die nominalen Umsätze des zulassungspflichtigen Handwerks stiegen bundesweit um 2,4%, vor allem aufgrund eines glänzenden ersten Quartals 2014. Im zulassungsfreien Handwerk erhöhten sich die nominalen Umsätze um 2,9%. Trotz dieser positiven Entwicklung blieb das deutsche Handwerk jedoch erneut hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück, da das nominale Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum um 3,4% zunahm. Zudem blieb die Beschäftigungsbilanz negativ: Im zulassungspflichtigen Handwerk ging die Beschäftigung um 0,1% zurück, im zulassungsfreien Handwerk um 0,8%. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle RWI-Auswertung. Sie zeigt, dass das deutsche Handwerk offenbar nur bedingt vom positiven gesamtwirtschaftlichen Umfeld mit starker Binnennachfrage, guter Arbeitsmarktlage und höheren Einkommen profitieren konnte.

Für das kommende Jahr dürften die Perspektiven für das Handwerk positiv bleiben. Die Konjunktur dürfte weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen werden, auch wenn der private Konsum sich voraussichtlich etwas abschwächt. Auch die ersten Quartalsergebnisse der Handwerksberichterstattung sprechen für ein gutes konjunkturelles Umfeld. Dementsprechend dürfte das

Handwerk im Jahr 2015 seinen nominalen Umsatz um 2 bis 2,5% steigern, was einem realen Zuwachs von 1,5 bis 2% entspräche und auf einen Gleichlauf von Handwerk und Gesamtwirtschaft hindeutet. Die Beschäftigung dürfte unter diesen Rahmenbedingungen um 0,5 bis 1% zunehmen.

#### **Personalabbau im Lebensmittelgewerbe geht weiter**

Trotz der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung gab es im vergangenen Jahr große Unterschiede zwischen den einzelnen Handwerksgruppen. So zum Beispiel im zulassungspflichtigen Bauhaupt- und Ausbaugewerbe, wo im Jahr 2012 knapp 44% des gesamten Handwerk-Umsatzes erzielt wurden. Zwar lag der Umsatz im handwerklichen Bauhauptgewerbe um 2,7% über dem Vorjahresergebnis, das Ausbaugewerbe konnte seine Umsätze jedoch nur um 1,4% steigern. Schwach entwickelten sich vor allem Glaser (+0,5%), Tischler (+0,9%), Elektrotechniker (+1,3%) sowie Klempner, Installateure und Heizungsbauer (+1,5%).

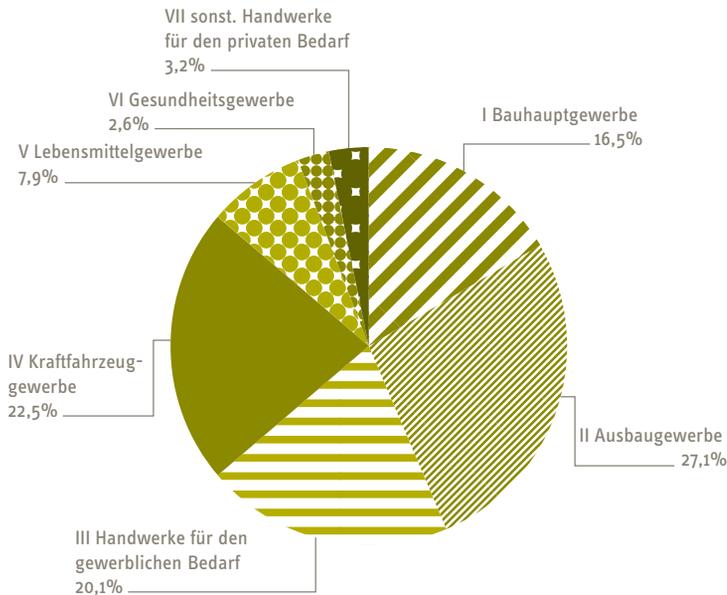
Uneinheitlich sah es auch bei den Handwerken für den privaten Bedarf aus, auf die im Jahr 2012 gut 36% des Gesamtumsatzes des deutschen Handwerks entfielen. In diesen Bereich fallen unter anderem das Kraftfahrzeuggewerbe, das Lebensmittelgewerbe und das Gesundheitsgewerbe. Bei den zulassungspflichtigen Handwerken konnte das Kraftfahrzeuggewerbe 2,4% höhere Umsätze erzielen. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde wesentlich durch den Handel getrieben, es wurden 2,9% mehr fabrikneue Fahrzeuge zugelassen als 2013.

Nicht so positiv entwickelte sich der Umsatz im aus Bäckern, Konditoren und Fleischern bestehenden Lebensmittelhandwerk, er stieg nur um 0,8%. Ursächlich hierfür ist vor allem das Umsatzminus der Fleischer (-0,7%). Die Bäcker entwickelten sich mit einem Umsatzplus von 2,5% zwar gut, allerdings taten sie das mit 2,5% weniger Beschäftigten. Insgesamt verringerte das Lebensmittelhandwerk die Zahl seiner Beschäftigten um 1,8%, hier machen sich die wachsende Bedeutung von Filialbetrieben sowie der zunehmende Anteil industrieller Zulieferungen bemerkbar.

# Aus der Forschung

## Umsatzverteilung nach Handwerksgruppen

2012; in %<sup>1</sup>



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2015). - <sup>1</sup> Zulassungspflichtiges und zulassungsfreies Handwerk

### Dem Gesundheitsgewerbe kommt die alternde Bevölkerung zugute

Überdurchschnittlich gut entwickelte sich das Gesundheitsgewerbe, das offenbar von der fortschreitenden Alterung der deutschen Bevölkerung profitiert. Insgesamt legten die Betriebe 2014 beim Umsatz um 5,6% zu, die Beschäftigung stieg um 0,9%. Besonders erfolgreich waren Augenoptiker (+4,8%) und Orthopädietechniker (+4,4%). Die Zahntechniker verzeichneten hingegen nur ein Umsatzplus von 1,6%. Bei den sonstigen Handwerken für den privaten Bedarf schnitten Friseure mit einem Plus von 2,5% vergleichsweise gut ab.

Von den zulassungsfreien Handwerken, die Leistungen für den privaten Bedarf anbieten, konnten Textilreiniger (+3,2%) und Uhrmacher (+2,5%) ihre Umsätze steigern, während Gold- und Silberschmiede (-1,1%) sowie Fotografen (-4,5%) Einbußen hinnehmen mussten.

### Feinwerkmechaniker und Gebäudereiniger machten deutliches Plus

Auch bei den zulassungspflichtigen Handwerken für den gewerblichen Bedarf, zu denen insbesondere Metallbauer, Feinwerkmechaniker, Informationstechniker und Landmaschinenmechaniker zählen, ist die Spannweite der Zuwachsraten groß. Insgesamt machten sie ein Umsatzplus von 3% im Vergleich zum Vorjahr. Besonders stark wuchs der Umsatz der Feinwerkmechaniker mit 4%. Die zulassungsfreien Handwerke für den gewerblichen Bedarf erzielten insgesamt ein Plus von 1,8%. Das breite Spektrum der Umsatzentwicklung reichte von den Modellbauern (-3,7%) bis zu den Schilder- und Lichtreklameherstellern (+4,3%).

Grundlage der RWI-Analyse sind Daten aus Totalauswertungen des Unternehmensregisters sowie die amtliche vierteljährliche Handwerksberichterstattung des Statistischen Bundesamts.

📖 [Dürig, W. \(2015\), Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk 2014. RWI Konjunkturberichte 66 \(2\): 47-66.](#)

✉ [wolfgang.duerig@rwi-essen.de](mailto:wolfgang.duerig@rwi-essen.de)

## Immer mehr Privathaushalte nutzen erneuerbare Energien

*Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung der privaten Haushalte in Deutschland ist weiter gestiegen und lag im Jahr 2013 bei 12,9%. Dies ist eines der Ergebnisse einer aktuellen Studie zum Energieverbrauch privater Haushalte in Deutschland, die das RWI zusammen mit forsa im Auftrag des BMWi für die Jahre 2011 bis 2013 durchgeführt hat. Sie zeigt auch, dass einkommensschwache Privathaushalte durch die Stromkosten relativ höher belastet werden als wohlhabendere Haushalte.*

Deutsche Privathaushalte setzen bei der Energieversorgung zunehmend auf erneuerbare Energien. In den Jahren 2010 bis 2013 stieg ihr Anteil von 12,1% auf 12,9%. Sie stehen damit hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Energieversorgung an vierter Stelle. Erdgas und Heizöl hatten mit 34,3% bzw. 27% im Jahr 2013 den weitaus größten Anteil an der Energieversorgung der privaten Haushalte in Deutschland; an dritter Stelle folgt Strom mit 19,5%. Zu diesen Ergebnissen kommt die Studie „Erhebung des Energieverbrauchs der privaten Haushalte für die Jahre 2011-2013“, die das RWI und forsa im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) durchgeführt haben.

Wie die Studie weiter zeigt, besaßen zu Beginn des Jahres 2014 rund 11% aller Haushalte einen Solarwärmekollektor. Gegenüber dem Jahr 2006 mit 5,9% hat sich die Nutzung damit nahezu verdoppelt; im Jahr 2012 betrug der Anteil noch 8,9%. Ebenso hat die

Verbreitung von Photovoltaikanlagen zugenommen: Während im Jahr 2006 noch 2,1% aller Haushalte mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet waren, besaßen zu Beginn des Jahres 2014 etwa 6,8% eine solche Anlage.

### **Einkommensschwache Haushalte werden durch Stromkosten stärker belastet**

Die Auswertung der Daten zeigt zudem, dass der Anteil der Stromkosten am Nettoeinkommen von privaten Haushalten bei einkommensschwachen Haushalten deutlich größer ist als bei wohlhabenderen Haushalten. Diese relative Stromkostenbelastung nimmt – ebenso wie die Belastung durch andere Energieträger und andere Güter des Grundbedarfs – mit zunehmenden Haushaltseinkommen immer stärker ab. So liegt der Mittelwert des Stromkostenanteils für die 237 Haushalte der zweituntersten Einkommenskategorie (monatlich 700 bis 1 200 Euro) bei 5,3%, während er für die 108 Haushalte mit einem Einkommen zwischen 5 200 und 5 700 Euro 1,6% beträgt.

Die Studie basiert auf der bislang fünfmaligen Befragung eines zu weiten Teilen identischen Panels von Haushalten zu deren Einsatz und Verwendung von Energie. Sie ist damit die weltweit umfangreichste Panelbefragung dieser Art. Im Rahmen dieser repräsentativen Erhebung nahmen mit über 8 500 Haushalten des forsa-Panels rund 2 000 Haushalte mehr teil als in früheren Studien von RWI und forsa. Die Befragung erfolgte bildschirmgestützt und ermittelte u.a. den Verbrauch einzelner Energieträger wie Strom, Heizöl oder Erdgas. Die Ergebnisse wurden anschließend auf alle deutschen Haushalte hochgerechnet.

📖 [RWI und forsa \(2015\), Erhebung des Energieverbrauchs der privaten Haushalte für die Jahre 2011-2013. RWI Projektberichte.](#)

✉ [manuel.frondel@rwi-essen.de](mailto:manuel.frondel@rwi-essen.de)

# Krankenhaus Rating Report 2015: Kurzfristig höhere Erträge, langfristig große Herausforderungen

*Die Insolvenzwahrscheinlichkeit deutscher Krankenhäuser ist im Jahr 2013 leicht gestiegen, gleichzeitig hat sich aber ihre Ertragslage verbessert. Nach wie vor ist die Kapitalausstattung der Krankenhäuser jedoch unzureichend, der kumulierte Investitionsstau beträgt mindestens 12 Milliarden Euro. Mittelfristig wird der demografische Wandel ein deutlich effizienteres Gesundheitswesen erfordern. Ansätze hierzu sind strukturelle Veränderungen und eine stärkere Digitalisierung der Medizin. Eine Art „Bad Bank“ für Krankenhäuser könnte dabei helfen, Klinikschließungen besser zu bewerkstelligen. Ein solcher Fonds würde eine Anfangsausstattung von ca. 2,7 Milliarden Euro benötigen.*

Die Insolvenzwahrscheinlichkeit deutscher Krankenhäuser hat sich im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. 16% befanden sich im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr. Gleichzeitig besserte sich aber ihre Ertragslage: die durchschnittliche Umsatzrendite stieg von 0,7 auf 1,4%. Auf Konzernebene schrieben 30% der Krankenhäuser einen Jahresverlust, 2012 waren es noch 33%. Aufgrund der verbesserten Ertragslage waren 2013 zudem 56% der Kliniken voll investitionsfähig, nach nur 48% im Jahr zuvor. Nach wie vor ist die Kapitalausstattung der Krankenhäuser jedoch unzureichend. Ihr jährlicher Investitionsbedarf (ohne Universitätskliniken) beträgt rund 5,3 Milliarden Euro. Die Länder steuern derzeit nur die Hälfte davon bei. Der kumulierte Investitionsstau beträgt mindestens 12 Milliarden Euro. Bei Fortschreibung des Status quo würde der Anteil der Krankenhäuser mit erhöhter Insolvenzgefahr bis 2020 weiter auf 27% steigen. Das anstehende Krankenhausstrukturgesetz dürfte zu einer Verbesserung der Lage führen, allerdings nur in dem Sinne, dass es zu keiner weiteren Verschlechterung bis 2020 kommt. Produktivitätsfortschritte und Marktaustritte von wirtschaftlich schwachen Häusern sind daher zusätzlich nötig, um den Anteil der Kliniken im „roten“ Bereich wieder zu verringern.

Zu diesen Ergebnissen kommt der elfte „Krankenhaus Rating Report“, den das RWI, die Institute for Healthcare Business GmbH (hcb), die Stiftung Münch und die Philips GmbH gemeinsam erstellt haben und dessen Ergebnisse im Rahmen des „Hauptstadtkongress 2015 – Medizin und Gesundheit“ im Juni in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Der Report basiert auf einer Stichprobe von 600 Jahresabschlüssen aus dem Jahr 2012 sowie 143 Jahresabschlüssen aus dem Jahr 2013. Sie umfassen insgesamt rund 950 Kliniken.

### **Demografischer Wandel macht effizienteres Gesundheitswesen nötig**

Insbesondere nach dem Jahr 2020 wird sich nach Einschätzung der Wissenschaftler der demografische Wandel verstärkt im Gesundheitswesen bemerkbar machen. Mehr Alte und weniger Junge werden nicht nur die sozialen Sicherungssysteme finanziell überfordern, sondern auch das Krankenhauspersonal knapper und teurer machen. Mittelfristig ist daher ein deutlich effizienteres Gesundheitswesen nötig, um einer Rationierung in der Medizin entgegenwirken zu können. Effizienzverbesserungen des nötigen Ausmaßes scheinen nur auf der Ebene regionaler oder nationaler und integrierter Verbünde erzielbar. Dabei geht es nicht nur um Kostensenkungen, sondern auch um eine verbesserte medizinische Versorgungsqualität und ein besseres Fallmanagement.

Im Personalbereich werden insbesondere bei den Ärzten neue Wege beschritten werden müssen. 2013 entfiel erstmals der größte Teil der Personalkosten von Krankenhäusern nicht mehr auf den Pflegedienst, sondern mit 31% auf den ärztlichen Dienst. Dieser immer weiter steigende Anteil wird die Krankenhäuser mittelfristig dazu zwingen, ärztliche Tätigkeiten stärker zu delegieren und zu substituieren. Ein Ansatz hierzu könnte die Digitalisierung der Medizin sein. Voraussetzungen hierfür sind die elektronische Patientenakte, eine offene Telematikinfrastruktur und Telematikinfrastruktur und eine Überwindung der starren Grenzen zwischen ambulantem und stationärem Sektor.

## „Bad Bank“ für Krankenhäuser könnte Marktaustritte begleiten

Im Krankenhaussektor finden nur wenige Marktaustritte statt, obwohl die Versorgungssicherheit in kaum einer Region dadurch gefährdet würde. Um Marktaustritte besser bewerkstelligen zu können, schlagen die Wissenschaftler eine Weiterentwicklung des vom Gesetzgeber geplanten Strukturfonds hin zu einer Art „Bad Bank“ für Krankenhäuser vor. Dieser „aktive Strukturfonds“ würde Krankenhäuser zur Abwicklung aufnehmen, wenn für den Träger weder eine Sanierung noch ein Verkauf in Frage kommt und der Standort nicht aus Versorgungsgründen aufrechterhalten werden muss. Parallel dazu sollten bundesweit einheitliche Mindestanforderungen an die Erreichbarkeit und die Qualität der Krankenhäuser sowie an die Notfallversorgung formuliert werden.

Der Fonds sollte einerseits die Kosten für den Abriss oder ggf. die Umwidmung der Immobilie sowie für die Aufstellung eines Sozialplans tragen. Andererseits könnte er auch Einnahmen erzielen, wenn er die bislang vereinbarten Casemixpunkte (Fallschwere-Punkte) des zu schließenden Krankenhauses ohne Fixkostendegressionsabschlag anderen Trägern in der Region anbietet. Geht man davon aus, dass alle insolvenzgefährdeten, nicht versorgungsrelevanten Krankenhäuser mit einem Jahresverlust und mit weniger als 400 Betten an den Fonds übergängen, entstünden ihm Abwicklungskosten von rund 4,3 Milliarden Euro. Demgegenüber stünden Erlöse aus dem Verkauf der Casemixpunkte-Lizenzen in einer Größenordnung von schätzungsweise 1,6 Milliarden Euro. Insgesamt würde der Fonds damit eine Anfangsausstattung von 2,7 Milliarden Euro benötigen. Er sollte aus Bundesmitteln gespeist werden und unabhängig von den Ländern agieren können.

□ Augurzky, B., C. Hentschker, S. Krolow, A. Pilny und C. M. Schmidt (2015), *Krankenhaus Rating Report 2015: „Bad Bank“ für Krankenhäuser - Krankenhausausstieg vor der Tür? Heidelberg: medhochzwei.*

✉ [boris.augurzky@rwi-essen.de](mailto:boris.augurzky@rwi-essen.de)

## Marktstabilitätsreserve nicht der Königsweg bei Reform des EU-Emissionshandels

*Die Europäische Kommission will den EU-Emissionshandel mit einer Marktstabilitätsreserve reformieren. Durch diese soll der Überschuss an Zertifikaten auf dem Markt reduziert und damit ein dauerhaft höheres Preisniveau erreicht werden. Eine aktuelle Analyse des RWI zeigt jedoch, dass diese politisch favorisierte Reformvariante nicht der Königsweg ist. Sinnvoller wäre es, den EU-Emissionshandel in seiner Reinform zu belassen und Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre durch einmalige Eingriffe zu beseitigen. Zusätzlich könnte die Emissionsobergrenze stärker abgesenkt werden, als bisher vorgesehen.*

Mit einer so genannten Marktstabilitätsreserve will die Europäische Kommission den EU-Emissionshandel reformieren. Durch Aufnahme von Zertifikaten in die Reserve soll deren Überschuss auf dem Markt reduziert und damit der Preis auf einem höheren als dem gegenwärtigen Niveau stabilisiert werden. Die seit Jahren niedrigen Preise für Verschmutzungsrechte zwischen 3 und 8 Euro bieten den Unternehmen kaum Anreize, innovative Technologien für zusätzliche Maßnahmen zur Emissionsvermeidung zu entwickeln. Wie eine aktuelle Analyse des RWI zeigt, ist die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene und vom Umweltausschuss des Europäischen Parlaments unterstützte Marktstabilitätsreserve jedoch keine effektive Reformvariante. Sie würde erst mit starker Zeitverzögerung wirken und wäre dauerhaft politisch motivierten Eingriffen ausgeliefert.

**Emissionshandel funktioniert, aber derzeitige Ausgestaltung ist fehlerhaft**

Die hohen Überschüsse an Zertifikaten auf dem Markt liefern laut RWI-Analyse keinen Beleg dafür, dass der Emissionshandel grundsätzlich nicht funktioniert. Vielmehr zeigen sie, dass die Obergrenze für Emissionen – vor dem Hintergrund der Finanz- und Schuldenkrise –

# Aus der Forschung

bislang zu großzügig angesetzt wurde. Hinzu kommen Überschuss-Zertifikate, die in den vergangenen Jahren aus fragwürdigen Klimaschutzprojekten angerechnet wurden. So konnten etwa Unternehmen, die in der EU dem Zertifikathandel unterliegen, günstig Emissionsberechtigungen erwerben, indem sie in Entwicklungsländern Verfahren zur Vernichtung von klimapotenten Treibhausgasen wie Fluorwasserstoff und Lachgas unterstützten. In Industrieländern ist dieses Verfahren ordnungsrechtlich als Standard vorgeschrieben und zählt aus diesem Grund nicht als zusätzliche emissionsmindernde Maßnahme.

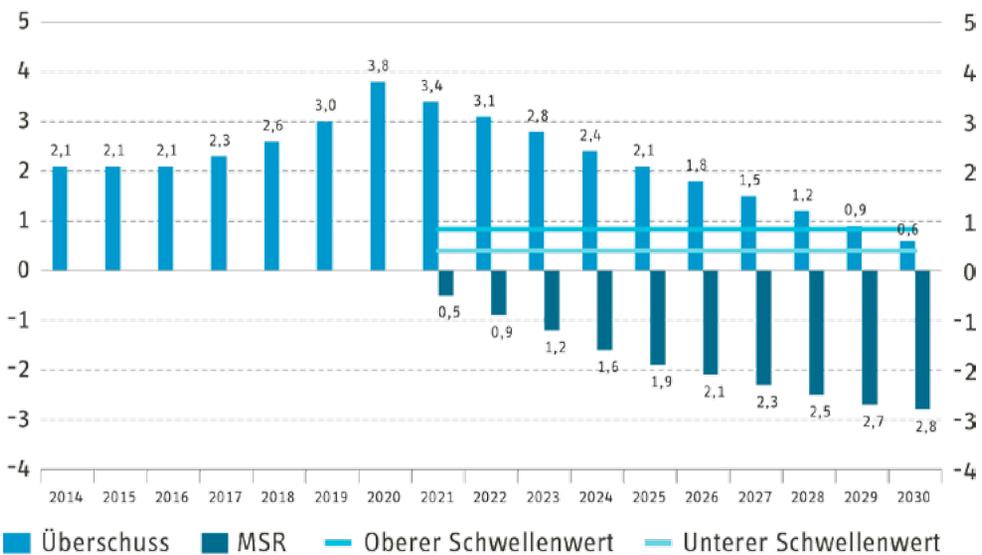
Die Marktstabilitätsreserve, die laut Kommissionsvorschlag ab dem Jahr 2021 und nach Votum des Umweltausschusses des EU-Parlaments bereits zum Jahr 2019 eingeführt werden soll, sieht vor, dass regelbasiert Zertifikate aus dem Markt genommen und in Reserve gehalten werden, wenn die Zahl der überschüssigen Zertifikate eine Obergrenze überschreitet. Umgekehrt werden der Reserve Zertifikate entnommen und auf dem Markt angeboten, wenn eine bestimmte Untergrenze unterschritten ist. Das Instrument würde damit nur sehr allmählich die Überschüsse reduzieren. Zusätz-

lich ist die Marktstabilitätsreserve wegen des geringen Effekts von Nachfrageschocks auf die Zertifikatpreise nicht geeignet, um ein gewünschtes Preisniveau zu etablieren. Die Höhe der Obergrenze, ab der Zertifikate aus dem Markt genommen und in der Reserve geparkt werden, wäre zudem permanent politischen Interventionsversuchen ausgesetzt. Die daraus resultierenden Unsicherheiten könnten sich sehr negativ auf das Innovationsverhalten von Unternehmen und damit auf ihren Ausstoß von Treibhausgasen auswirken.

## Korrekturen des Emissionshandels in Reinform durch einmalige Eingriffe

Die RWI-Analyse kommt daher zu dem Schluss, dass es sinnvoller und effektiver wäre, den EU-Emissionshandel in seiner Reinform zu belassen und Fehler aus der Vergangenheit, wie die übermäßige Anrechnung aus fragwürdigen Klimaprojekten, durch einmalige Eingriffe zu korrigieren. So sollten die 900 Millionen Zertifikate, deren Versteigerung aus den Jahren 2014 bis 2016 auf die Jahre 2019 und 2020 verschoben wurde, endgültig gelöscht werden. Dies könnte schon kurzfristig einen

## Mögliche Entwicklung der Zertifikatüberschüsse und der Marktstabilitätsreserve (MSR)



Quelle: Agora Energiewende (2015).

deutlichen Effekt auf den Preis haben. Falls politisch erwünscht, könnte zudem die Emissionsobergrenze ab dem Jahr 2021 stärker gesenkt werden, als es derzeit mit 2,2% pro Jahr vorgesehen ist. Damit würde der Preis weiter stabilisiert.

Ein wesentlicher Vorteil des Emissionshandels in Reinform ist, dass er konjunkturstabilisierend wirkt: Niedrige Preisniveaus für Zertifikate, die auch die Strompreise abmildern, sorgen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für eine Entlastung von Wirtschaft und Verbrauchern. In Zeiten des Aufschwungs hingegen haben hohe Preise für Verschmutzungsrechte das Potenzial, die Konjunktur zu dämpfen und helfen so dabei, eine konjunkturelle Überhitzung zu vermeiden. Gleichzeitig bietet das Instrument Verlässlichkeit für Unternehmen und Schutz vor politischen Eingriffen. Es ist der Marktstabilitätsreserve daher eindeutig vorzuziehen. Die Bundesregierung sollte sich aus diesem Grund auf europäischer Ebene für eine alternative Reform einsetzen.

 Andor, M. A., M. Frondel und S. Sommer (2015), *Reform des EU-Emissionshandels, aber richtig! Alternativen zur Marktstabilitätsreserve. RWI Position #64. Essen: RWI.*

 [manuel.frondel@rwi-essen.de](mailto:manuel.frondel@rwi-essen.de)

## Private Kliniken arbeiten effizient und sind wichtig für Gesundheitsversorgung

*Deutsche Krankenhäuser in privater Trägerschaft sind im Durchschnitt finanzkräftiger und arbeiten rentabler als freigemeinnützige oder öffentlich-rechtliche Krankenhäuser. Sie zahlen mehr Steuern und tätigen höhere Investitionen in die medizinische Infrastruktur als Krankenhäuser in anderer Trägerschaft. Weder in ihrer Ausstattung noch in der Qualität der Behandlung oder der Zufriedenheit der Patienten fallen sie hinter Kliniken anderer Träger zurück. An der Notfallversorgung beteiligen sich die privaten Grundversorger ebenso häufig. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des RWI, die zahlreiche Krankenhaus-Kennziffern aus den Jahren 2005 bis 2013 ausgewertet hat.*

Private Krankenhäuser in Deutschland nehmen deutlich weniger öffentliche Fördermittel in Anspruch als Kliniken in freigemeinnütziger oder kommunaler Trägerschaft. Zudem zahlen sie aufgrund höherer Jahresüberschüsse höhere Steuern. Gleichzeitig lassen sich im Vergleich zu anderen Krankenhausträgern keine signifikanten Unterschiede in der Qualität der medizinischen Behandlung erkennen. Zu diesen und weiteren Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des RWI, die auf einem Projekt im Auftrag des Bundesverbands Deutscher Privatkliniken e.V. (BDPK), Berlin, basiert.

Für die vom RWI in diesem Jahr nach 2009 und 2012 bereits zum dritten Mal herausgegebene Studie „Krankenhäuser in privater Trägerschaft“ wurden zahlreiche Krankenhaus-Kennziffern aus den Jahren 2005 bis 2013 trägerspezifisch aufbereitet und ausgewertet. Datengrundlage sind die amtlichen Krankenhausdaten des Statistischen Bundesamts. Sie umfassten für das Jahr 2013 Daten von 1 487 Krankenhäusern, die sich an der GKV-Versorgung beteiligen, darunter 391 in privater, 607 in freigemeinnütziger und 489 in öffentlicher-rechtlicher Trägerschaft. Hinzu kommen Jahresabschlüsse der Krankenhäuser und Daten aus den Qualitätsberichten, vom Wissenschaftlichen Institut der AOKen und der Techniker Krankenkasse. Psychiatrische oder

# Aus der Forschung

## Datenbasis der empirischen Untersuchungen

Amtliche Statistik	Jahresabschlüsse	Qualitätsdaten	WlD0
Krankenhausverzeichnisse von 1995 bis 2013  Zugriff auf Originaldaten der Krankenhausstatistik im Forschungsdatenzentrum Kamenz (FDZ)  Fokus auf Versorgungskrankenhäuser	557 Bilanzen und GuV von 872 Krankenhäusern für 2013  (RWI-Stichprobe)	Qualitätsdaten aus den Qualitätsberichten 2012 (AQUA-Indikatoren)  QSR-Daten des WlD0 von 2009-2013  Patientenbefragungen der Techniker Krankenkasse für die Jahre 2006, 2008, 2010 und 2012/2013	CMI nach Trägerschaft von 2005 bis 2013  Ausgewählte Notfallindikatoren, die exklusiv für das Faktenbuch bereitgestellt wurden

Quelle: RWI.

psychotherapeutische Krankenhäuser, reine Tages- und Nachtkliniken sowie Universitätskliniken wurden nicht in die Analysen mit einbezogen.

### Hohe Ertragskraft privater Krankenhäuser ermöglicht höhere Investitionen

Die Wirtschaftlichkeit der privaten Krankenhausträger spiegelt sich unter anderem in ihrer Ertragskraft wider, die deutlich über der von nicht-privaten Krankenhäusern lag. Entsprechend waren nur 7% der privaten Krankenhäuser im Jahr 2013 nicht investitionsfähig, während der Wert bei den kommunalen bei 62% und bei freigemeinnützigen bei 40% lag. Betrachtet man den operativen Ertrag, den private Kliniken aus eigener Kraft, also ohne Fördermittel erzielen, wird der Abstand der Privaten zu den anderen Trägern noch größer.

Private Krankenhausträger können im Gegensatz zu nicht-gewinnorientierten Krankenhäusern privates Eigenkapital akquirieren, was ihre Investitionskraft deutlich steigert. Die größere Unabhängigkeit gegenüber kommunalpolitischen Entscheidungen macht es für das Management von privaten, aber auch von vielen freigemeinnützigen Krankenhäusern außerdem leichter, Rationalisierungspotenziale nicht nur zu identifizieren, sondern durch entsprechende Maßnahmen auch konsequent zu heben. Im Gegenzug müssen sie das eingesetzte Kapital vergüten.

### Keine Unterschiede bei Behandlungsqualität und Patientenzufriedenheit

Zur Beurteilung der Behandlungsqualität wurden drei zentrale Indikatoren ausgewählt: Die Rate an postoperativen Wundinfektionen, die Rate an Todesfällen im Krankenhaus bei Leistungsbereichen, für die die Information vorliegt, und die Rate an Patienten mit Dekubitus bei Entlassung. Obwohl private Krankenhäuser im Durchschnitt ältere Patienten mit komplexeren Erkrankungen behandeln, lassen sich im Vergleich zu anderen Krankenhausträgern keine signifikanten Unterschiede in der medizinischen Behandlung erkennen. Auch die Patientenzufriedenheit unterscheidet sich nicht. Sie liegt laut Patientenbefragungen der Techniker Krankenkasse aus den Jahren 2006 bis 2013 für alle Träger bei durchschnittlich rund 77% bis 80%.

Die Zahl der Vollkräfte im Pflegedienst je 1 000 Fälle ist von 2005 bis 2012 bei allen Trägern zurückgegangen. Die Werte liegen bei privaten und freigemeinnützigen Trägern jeweils leicht unter dem der öffentlich-rechtlichen. Unklar bleibt dabei, ob dieser Trend auf eine insgesamt gestiegene Produktivität zurückzuführen ist und ob der geringere Wert bei den Privaten mit einem generell höheren Effizienzniveau zu tun hat. Bei der Zahl der Pflegekräfte je Behandlungstag weisen private Krankenhäuser keine schlechtere Betreuungsrelation auf als andere Träger.

## Private Kliniken sind wichtige Säule der Krankenhausversorgung

Krankenhäuser in privater Trägerschaft beteiligen sich ähnlich stark wie Kliniken anderer Träger an der Bereitstellung der medizinischen Infrastruktur für eine bedarfsgerechte und flächendeckende Krankenhausversorgung. Bezogen auf die Zahl der Krankenhäuser hat sich zwischen 2005 und 2012 der Anteil der privaten Krankenhäuser um 7,4%-Punkte, bezogen auf die Zahl der Betten um 5,7%-Punkte und bezogen auf die Zahl der Fälle um 5,6%-Punkte erhöht. Offenbar haben die Privaten also im Durchschnitt kleinere Krankenhäuser übernommen.

18% der privaten Krankenhauskapazitäten lagen 2012 in ländlichen Regionen. Bei den kommunalen lag der Anteil bei 19%, bei den freigemeinnützigen Krankenhäusern bei 7%. Private Träger wiesen also ein fast ähnlich hohes Niveau der ländlichen Versorgung auf wie kommunale Träger.

Ob eine Klinik eine Notfallversorgung anbietet, hängt neben der Krankenhausgröße vor allem vom Spezialisierungsgrad und dem Versorgungstyp ab. Unter den Grundversorgern nimmt fast jedes Krankenhaus, gleich welcher Trägerschaft, an der Notfallversorgung teil. Bei den Spezialversorgern, von denen sich vergleichsweise mehr in privater Hand befinden, fällt die Beteiligung an der Notfallversorgung trägerübergreifend naturgemäß insgesamt geringer aus. Im Bereich der Intensivbetten zeigt sich, dass private Krankenhäuser einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Behandlung von schwer erkrankten Patienten und somit auch zur Sicherstellung der (Notfall-) Versorgung leisten.

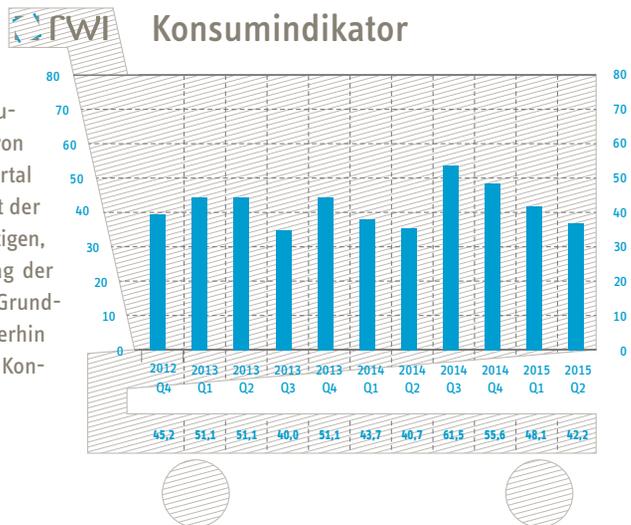
Augurzky, B., A. Pilny und A. Wübker (2015), *Krankenhäuser in privater Trägerschaft 2015*. RWI Materialien 89. Essen: RWI.

✉ [boris.augurzky@rwi-essen.de](mailto:boris.augurzky@rwi-essen.de)

## Privater Konsum trotz Abschwächung weiterhin Konjunktur-Stütze

Das Expansionstempo des privaten Konsums in Deutschland verliert im Verlauf des Jahres weiter an Dynamik. Darauf deutet der auf Internetdaten basierende RWI-Konsumindikator hin, der im ersten Quartal 2015 von 55,6 auf 48,1 und auf 42,2 im zweiten Quartal dieses Jahres gesunken ist. Die Bereitschaft der Konsumenten, größere Anschaffungen zu tätigen, ist laut der Verbraucherumfrage im Auftrag der EU im Mai jedoch wieder gestiegen. In der Grundtendenz ist der private Konsum daher weiterhin aufwärtsgerichtet und bleibt Taktgeber der Konjunktur in Deutschland.

» [www.rwi-essen.de/konsumindikator](http://www.rwi-essen.de/konsumindikator)



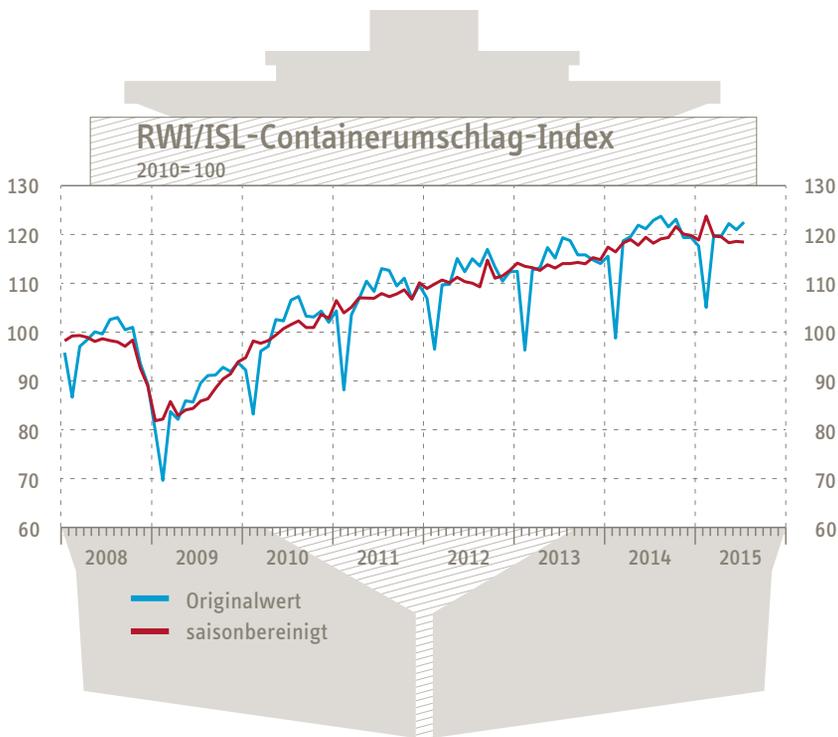
Erklärung: Der RWI-Konsumindikator weist gegenüber dem privaten Verbrauch einen Vorlauf von einem Quartal auf. So deutet beispielsweise ein Rückgang des Indikators von Q1 auf Q2 auf eine Verringerung der Zuwachsrates beim Privaten Konsum im dritten Quartal hin.

## Welthandel tritt auf der Stelle

Im Juli ist der Containerumschlag-Index des RWI und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) von (revidiert) 118,6 auf 118,4 leicht gesunken und befindet sich damit seit drei Monaten auf nahezu unverändertem Niveau.

» [www.rwi-essen.de/containerindex](http://www.rwi-essen.de/containerindex)

Monat	Originalwert	saison- und arbeitstäglich bereinigt	Trend- Zyklus-Komponente
Mai 15	122,2	118,3	118,8
Jun 15	120,9	118,6	118,5
Jul 15	122,5	118,4	118,2



Eigene Schätzungen nach Angaben für 81 Häfen; Juli 2015: Schnellschätzung.

# Eingeworbene Forschungsaufträge

## **Erstellung einer Pflege(bedarfs)planung für den Kreis Borken**

*Auftraggeber: Kreis Borken*

*Ansprechpartner: Prof. Dr. Ansgar Wübker*

*Laufzeit: 03-07/2015*

## **Die Logistikbranche in Dortmund, Unna und Hamm**

*Auftraggeber: Wirtschaftsförderung Kreis Unna*

*Ansprechpartner: Dr. Sandra Schaffner*

*Laufzeit: 03-08/2015*

## **Verifikation der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Wirtschaft zur Steigerung der Energieeffizienz vom 1. August 2012 (Monitoring 2014)**

*Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie*

*Ansprechpartner: Prof. Dr. Manuel Frondel*

*Laufzeit: 03-12/2015*

## **Forschungsvorhaben fe 3/15: Überblick über die finanz- und wirtschaftspolitische Forschungslandschaft in Europa**

*Auftraggeber: Bundesministerium der Finanzen*

*Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn*

*Laufzeit: 04-06/2015*

## **Durchlässigkeit europäischer Arbeitsmärkte**

*Auftraggeber: Bertelsmann Stiftung*

*Ansprechpartner: Dr. Ronald Bachmann*

*Laufzeit: 05-11/2015*

## **Finanzpolitische Profile für Städte und Gemeinden im Kammerbezirk Mittlerer Niederrhein**

*Auftraggeber: IHK Mittlerer Niederrhein*

*Ansprechpartner: Hermann Rappen*

*Laufzeit: 04-12/2015*

## **The Water-Energy-Food Nexus: Global, Basin, and Local Case Studies**

*Auftraggeber: International Food Policy Research Institute*

*Ansprechpartner: Dr. Gunther Bensch*

*Laufzeit: 04-12/2016*

## **Analyse des Zusammenhangs zwischen Transaktions- und Angebotspreisen von Immobilien**

*Auftraggeber: on-geo GmbH*

*Ansprechpartner: Dr. Torsten Schmidt*

*Laufzeit: 03-05/2015*

## **Evaluations for the Sustainable Water Fund (FDW) Kolumbien**

*Auftraggeber: Erasmus Universität Rotterdam*

*Ansprechpartner: Dr. Maximiliane Sievert*

*Laufzeit: 05-10/2015*

## **Die Zukunft der Pflege im Krankenhaus**

*Auftraggeber: Techniker Krankenkasse*

*Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky*

*Laufzeit: 06-12/2015*

## **Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft unter Minimalwachstumsbedingungen**

*Auftraggeber: Vereinigung der Österreichischen Industrie*

*Ansprechpartner: Dr. Nils aus dem Moore*

*Laufzeit: 05-09/2015*

# Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

## Aus der Universität Duisburg-Essen

### CINCH Academy 2015: Essen Summer School in Health Economics



*Teilnehmerinnen und Teilnehmer der CINCH Academy 2015.*

Vom 1. bis 7. Juni 2015 fand zum dritten Mal die CINCH Academy in Essen statt. Auch in diesem Jahr gab es viele erstklassige Bewerbungen, aus denen 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgewählt wurden. Diese kamen neben verschiedenen europäischen Ländern unter anderem auch aus Kolumbien, Indien und Südkorea.

Inhalt der Vorlesungen waren in diesem Jahr empirische Methoden und Techniken zur Veranschaulichung von Daten sowie aktuelle Forschung zum Thema Gesundheitsinvestitionen und soziale Mobilität. Hierfür konnten die international renommierten Dozenten Kjell Salvanes (Norwegian School of Economics, Bergen) und Andrew Jones (University of York) gewonnen werden. Auf diese Weise wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern tiefgehende Einsichten in die verschiedenen Themengebiete vermittelt.

Ferner hatten die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler jeweils eine halbe Stunde Zeit, eine eigene aktuelle Forschungsarbeit zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen, um konstruktive Rückmeldungen für ihre eigene Arbeit erhalten zu können.

Wie im vergangenen Jahr wurde die beste Arbeit aller Summer School-Teilnehmenden ausgewählt und mit einem Preisgeld von 500 Euro ausgezeichnet. Ivan Zilic (Universität Linz) konnte die Jury mit seiner Arbeit „Effect of forced displacement on health“ überzeugen und belegte den ersten Platz – knapp vor Carlos Felipe Gaviria (Universidad del Rosario, Bogotá, Kolumbien) mit der Arbeit „Health insurance and young adults' usage of medical services in Colombia“.

CINCH Academy ist die Summer School des gesundheitsökonomischen Forschungszentrums CINCH (competent in competition and health) und bietet Nachwuchsforscherinnen und -forschern die Möglichkeit zum Austausch und zur Weiterbildung.

## Essen Health Conference: Health. Skills. Education

Die diesjährige Essen Health Conference fand vom 29. bis 31. Mai zum Thema „Health. Skills. Education. New Economic Perspectives on the Health-Education Nexus“ statt. Organisiert wurde die renommierte gesundheitsökonomische Fachkonferenz von Martin Karlsson (Universität Duisburg-Essen) und Therese Nilsson (Universität Lund).

Obwohl bekannt ist, dass ein positiver Zusammenhang zwischen Bildung und Gesundheit besteht, ist es schwierig, den kausalen Effekt zu bestimmen. Dieser Problematik widmete sich die dreitägige Konferenz und thematisierte Fragen wie „Welchen Effekt haben körperliche und geistige Gesundheit auf den Schulerfolg? Welche Auswirkungen haben kognitive Fähigkeiten auf Gesundheit und Gesundheitsverhalten? Welche Rolle spielt die Gesundheit bei der Vererbung von Bildung und welche Rolle spielt Bildung bei der Vererbung von Gesundheit?“. Zu diesen und anderen Themen wurden in über 30 Vorträgen neue Forschungsergebnisse präsentiert und diskutiert.

## Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

Zu den Gästen zählten international bekannte Forscher wie Bash Mazumder (Federal Reserve Bank, Chicago), Kjell Salvanes (Norwegian School of Economics, Bergen), Jishnu Das (The World Bank), Anna Aizer (Brown University) und Gabriella Conti (University College London).

Ziel der Konferenz war es aber auch, jungen internationalen Nachwuchsforscherinnen und -forschern die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeiten vorzustellen. „Wir verfolgen dieses Konzept bereits seit der ersten Konferenz vor fünf Jahren und machen damit sehr gute Erfahrungen“, resümiert der Organisator Martin Karlsson. Offenbar wird dies auch von Forschungsförderern so gesehen. Bereits seit Jahren wird die Konferenz von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt.



Plenarvortrag von Jishnu Das (The World Bank).

## Termine



## Wie kann Wissenschaft zur globalen Nachhaltigkeit beitragen?

Am 23. und 24. April kamen mehr als 60 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Vertreter von Regierungen, internationalen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in New York zusammen, um in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen (UN)

über Herausforderungen der globalen Nachhaltigkeit und mögliche Lösungsbeiträge der Wissenschaft zu diskutieren.

Auf vier Panels ging es vor allem um die Frage, was die Forschung zur Entwicklung von Indikatoren für ein global gültiges System nachhaltiger Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) beitragen kann. Die Teilnehmer sprachen zudem über Herausforderungen bei Implementierung und Evaluation von Entwicklungszielen.



Das RWI trug durch Nils aus dem Moore, Leiter der Forschungsgruppe „Nachhaltigkeit und Governance“, zur Diskussion im Panel „Indikatoren und Monitoring“ bei. In seinem Vortrag „Comprehensiveness and Communicability: A Matter of Balance“ ging er auf das Spannungsverhältnis zwischen Vollständigkeit und Kommunizierbarkeit von Indikatorensystemen ein und erläuterte Lösungsansätze anhand internationaler Beispiele.

Die Ergebnisse der Konferenz wurden durch ein Abschluss-Event im Hauptsitz der Vereinten Nationen mit 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter zahlreiche UN-Experten und Vertreter der Mitgliedsstaaten, unmittelbar in den Konsultationsprozess zur sogenannten Post2015-Agenda eingespeist. Auf der bevorstehenden UN-Generalversammlung soll im September ein universelles Zielsystem von SDGs verabschiedet werden, das für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen gilt und alle Dimensionen – ökonomisch, sozial und ökologisch – von nachhaltiger Entwicklung umfasst.

Die Konferenz wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Universität der Vereinten Nationen (UNU) organisiert und von einem hochkarätigen, interdisziplinär besetzten Programmkomitee inhaltlich vorbereitet. Als einziger Ökonom in diesem Gremium hat RWI-Präsident Christoph M. Schmidt zwei der vier Sessions verantwortlich mitgestaltet.

*Eine umfassende Dokumentation der Konferenz ist online verfügbar unter » [http://www.dfg.de/en/dfg\\_profile/head\\_office/dfg\\_abroad/north\\_america/reports/2015/150421\\_dfg\\_unu\\_conference\\_dossier/index.jsp](http://www.dfg.de/en/dfg_profile/head_office/dfg_abroad/north_america/reports/2015/150421_dfg_unu_conference_dossier/index.jsp)*

## Konjunkturausblick im Industrie-Club Düsseldorf

*Mehr als 100 Interessierte folgten der Einladung der Freunde und Förderer des RWI und des Industrie-Clubs Düsseldorf zur Vorstellung der „Gemeinschaftsdiagnose“ am 28. April. Torsten Schmidt, stellvertretender Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“, erläuterte die Ergebnisse der gemeinsamen Konjunkturprognose. RWI-Präsident Christoph M. Schmidt vermittelte im Vorfeld die Perspektive der Wirtschaftsweisen.*



Am 28. April gaben der stellvertretende RWI-Konjunkturchef Torsten Schmidt und Christoph M. Schmidt, Präsident des RWI, auf Einladung der Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI einen Ausblick auf die konjunkturelle Entwicklung. Mehr als 100 interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer verfolgten zunächst den einführenden Vortrag von RWI-Präsident Christoph M. Schmidt. In seiner Funktion als Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) beschrieb er die wirtschaftliche Lage Deutschlands bzw. Europas im Allgemeinen und nahm anschließend Bezug auf die Griechenland-Krise. In diesem Zusammenhang hob Professor Schmidt hervor, dass selbst auferlegte Regeln, wie z. B. in den Europäischen Verträgen festgehalten, von allen Vertragsparteien einzuhalten seien.

Der Konflikt zwischen Athen und Brüssel wurde auch im Frühjahrsgutachten der Gemeinschaftsdiagnose thematisiert und als mögliches Risiko für die ansonsten beobachtete wirtschaftliche Belebung im



Veranstalter und Vortragende (v.l.n.r.): Dr. Guido Krüger (BEITEN BURKHARDT Rechtsanwalts-gesellschaft mbH), Manfred Breuer (Präsident der Freunde und Förderer des RWI), Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (RWI-Präsident), Joachim F. Scheele (Vorstandsvorsitzender des Industrie-Clubs Düsseldorf) und Dr. Torsten Schmidt (RWI).

Euro-Raum gesehen. Wie der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligte RWI-Konjunktexperte Torsten Schmidt erläuterte, bestünden weitere Risiken in der Geldpolitik der USA, die eine Preisblase schaffe, sowie in der Ukraine-Krise. Nichtsdestotrotz falle die Konjunkturprognose vom Frühjahr positiv aus: „Wir haben die Prognose im Vergleich zum Herbstgutachten von 1,2 auf 2,1 Prozent angehoben. Dies vor allem, weil sich der derzeit niedrige Ölpreis und die Euro-Abwertung günstig auf die Wirtschaft auswirken“, so Schmidt. Er betonte, dass die Konjunktur vor allem vom Konsum getragen werde. Ursächlich dafür seien die steigende Produktion, die verbesserten Finanzierungskonditionen und die gute Arbeitsmarktlage.

### **Auf den demografischen Wandel reagieren – Wenn nicht jetzt, wann dann?**

Ein Punkt war beiden Volkswirten besonders wichtig: Die strukturellen Budgetüberschüsse in den öffentlichen Haushalten müssten dazu genutzt werden, Wirtschaft und Gesellschaft demografiefest zu machen und die Abgabenlast der Bürgerinnen und Bürger zu senken. Die Ausweitung der Sozialleistungen wie beispielsweise der Mütterrente oder die Einführung des flächendeckenden allgemeinen Mindestlohns seien hingegen kontraproduktiv.

Abschließend diskutierten beide Referenten mit den

anwesenden Unternehmerinnen und Unternehmern Probleme, die im Zusammenhang mit der Energiewende oder der EZB-Geldpolitik zu sehen sind. Auch die hohe Regulierungsdichte wurde von den Anwesenden kritisiert – die Rahmenbedingungen führten dazu, dass gute Fachkräfte ins Ausland abwandern und Unternehmensgründungen erschwert würden.

Die Gemeinschaftsdiagnose zur konjunkturellen Entwicklung wird im Auftrag der Bundesregierung zwei Mal jährlich durch das RWI gemeinsam mit dem ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle erstellt.

## **RWI und RGS Econ bei RUB Blaupause**



Bei strahlendem Sonnenschein beantworteten die RWI- und RGS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter Fragen zu Forschungsschwerpunkten oder dem Doktorandenprogramm.

Die Ruhr-Uni macht blau – mehr als 100 000 Menschen haben am 6. Juni 2015 das 50-jährige Jubiläum der Bochumer Ruhr-Universität auf einer fünf Kilometer langen Festmeile entlang der Universitätsstraße gefeiert. Das RWI und die RGS Econ präsentierten sich dort gemeinsam mit der Bochumer Fakultät der Wirtschaftswissenschaften. An den Tischen gab es ein breites Angebot für Studieninteressierte, Alumni und alle, die sich über die Arbeit der Fakultät informieren wollten.

## Termine



## RUB50: Podiumsdiskussion zur Zukunft von VWL und BWL

„Zeit zum Umdenken – Erzwingt die Wirtschafts- und Finanzkrise eine Neuausrichtung von Volks- und Betriebswirtschaftslehre?“ Zu diesem Thema diskutierten beim Alumni-Treffen anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Ruhr-Universität Bochum (RUB) (v.l.n.r.) RWI-Vorstand und em. RUB-Professor Prof. Dr. Wim Kösters, Dr. Hans-Paul Bürkner (5. CEO der Boston Consulting Group), Handelsblatt-Redakteurin Kirsten Ludowig, Michael Mauer (Bochumer Juwelier und Initiator des ersten innerstädtischen Hörsaalgebäudes - Blue Square - in Bochum) und Prof. Dr. Stephan Paul (RUB-Lehrstuhl für Finanzierung und Kreditwirtschaft). Die Podiumsdiskussion fand im Rahmen des Programms der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft am 5. Juni 2015 statt.



Gelungener Auftakt: In Berlin diskutierten Christoph M. Schmidt, Angela Merkel und Sigmar Gabriel (Bildmitte; v.l.n.r.) mit Bürgerdialog-Veranstaltern und dem Publikum zum Thema Lebensqualität.

## Gut leben in Deutschland – Startschuss zum Bürgerdialog

Die Bundesregierung möchte wissen, was den Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands im Leben wichtig ist. Mehrere Bürgerdialoge unter dem Motto „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ sollen ihr dabei helfen, neue Maßstäbe für Lebensqualität zu identifizieren. Die gewonnenen Erkenntnisse münden in Indikatoren für Lebensqualität, an denen sich die Bundesregierung künftig orientieren will. Am 13. April gab Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Berliner

Gasometer den Startschuss zu mehr als 180 Dialog-Veranstaltungen im Zeitraum von Mai bis September.

RWI-Präsident Christoph M. Schmidt ist Mitglied des sechsköpfigen wissenschaftlichen Beirates, der die Auswertung der Ergebnisse unterstützt. Die Regierungsstrategie knüpft unter anderem an die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu Fragen des Wohlstands an, zu deren Mitgliedern auch Christoph M. Schmidt zählte.

# Frühjahr und Sommer in der Hauptstadt: Aktivitäten des Berliner Büros



Besser kann es nicht starten:

Das „Sommersemester“ im Büro Berlin des RWI begann mit einer Auszeichnung. Jochen Kluge, Leiter des Berliner RWI Büros und Professor für empirische Arbeitsmarktökonomik an der Humboldt-Universität zu Berlin, erhielt im April den

„Preis für gute Lehre“ der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät für das akademische Jahr 2013 & 2014. Die Kommission für Studium und Lehre würdigte damit die hervorragende Bewertung der Vorlesungen „Angewandte Kausalanalyse“ und „Labor Economics“ durch die Studierenden. Der Preis ist mit 500 Euro dotiert, die zur weiteren Verbesserung der Lehre verwendet werden können.

### *Im Dialog mit der Politik*

Anschließend standen Aktivitäten der Politikberatung im Vordergrund: Bei „Leibniz im Bundestag“ stellten vier Wissenschaftler des Berliner Büros in Einzelgesprächen mit Abgeordneten jüngste Forschungsergebnisse und ihre wirtschaftspolitischen Implikationen vor, das Spektrum der Themen reichte vom „Faktencheck Haushalt und Investitionen“ (Nils aus dem Moore) über „Gestaltungsmöglichkeiten für die europäische Integration der Energiewende“ (Michael Themann) bis zum Grundsätzlichen: „Research With Impact: Prinzipien und Potenziale der evidenzbasierten Politikberatung“ (Jochen Kluge). Aus Essen war zudem Konjunkturchef Roland Döhrn dem Ruf des Bundestages gefolgt. Er erläuterte in Berlin, warum im Euroraum keine Deflationsgefahr besteht.

Nicht im Einzelgespräch, sondern im Plenum des Workshops „Ökonomische Argumentation der wirklichen Familienpolitik“ im Bundesministerium für

Familie, Senioren, Frauen und Jugend, stellte Marcus Tamm am 20. Mai am Beispiel des Elterngeldes vor, wie sich die Refinanzierung familienpolitischer Leistungen ermitteln und bewerten lässt.

### *Energiesysteme der Zukunft: Projektaktivitäten*

Einen weiteren Schwerpunkt der politikberatenden Aktivitäten bildeten diverse Veranstaltungen im Kontext des Akademienprojekts „Energiesysteme der Zukunft“ (ESYS). Das Diskussionsforum „Energie.System.Wende“ gab am 11. Juni einen Überblick der bisherigen Ergebnisse zur Frage, wie verschiedene und mitunter vernachlässigte Aspekte der Versorgungssicherheit im Kontext der Energiewende sichergestellt werden können. Auch bei drei vertiefenden Fachgesprächen mit Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen am darauffolgenden Tag war das RWI engagiert.

Im von RWI-Kommunikationschef Nils aus dem Moore moderierten Fachgespräch „Rohstoffe für die Energiewende – Metalle im Fokus“ wurde deutlich, dass die Verfügbarkeit spezifischer Metalle, die für die Infrastruktur der Erneuerbaren Energien zwingend erforderlich sind, womöglich ein bisher unterschätztes Risiko der Versorgungssicherheit im Kontext der Energiewende darstellt. Ergebnisse des ESYS-Projekts wurden aber nicht nur in der deutschen, sondern auch in der europäischen Hauptstadt vorgestellt: Am 3. Juli präsentierte RWI-Präsident Christoph M. Schmidt die unter seiner Federführung erarbeitete ESYS-Stellungnahme „Die Energiewende europäisch integrieren“ auf einer Veranstaltung in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union in Brüssel.

### *Gut vernetzt*

Zur weiteren Stärkung der wissenschaftlichen Vernetzung hat sich das Büro Berlin in Seminaren in der Hauptstadt engagiert, sowohl durch eigene Vorträge als auch durch die Organisation externer Referenten. Im Mai hat Professor Ulrich Wagner von der Universität Carlos III in Madrid auf Einladung des RWI einen Vortrag zu den Auswirkungen des europäischen Emissionshandels im „Research Seminar on Environment,

## Neues aus Berlin

Resource and Climate Economics“ (RSERC) gehalten, welches das RWI gemeinsam mit dem DIW Berlin, TU Berlin, MCC Berlin und PIK Potsdam organisiert. Im Anschluss stand Professor Wagner den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der RWI-Forschungsgruppe „Nachhaltigkeit und Governance“ für ein ausführliches Forschungsgespräch im Büro Berlin zur Verfügung.

Gegen Ende der Vorlesungszeit war Büroleiter Jochen Kluge dann als eingeladener Referent im Forschungsseminar des „Development Economics Network Berlin“ (DENEb) aktiv. Er hielt am 2. Juli im DIW Berlin einen Vortrag zur Effektivität von Maßnahmen der Berufs- und Jugendbildung in Vietnam und der Dominikanischen Republik. Im DENEb treffen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Berlin und Umgebung, die im Bereich der Entwicklungsökonomie forschen.

## Publikationen

### RWI Jahresbericht

*Der Jahresbericht 2014 ist unter dem Titel „we know the facts“ erschienen und online verfügbar unter » [www.rwi-essen.de/publikationen/jahresberichte/](http://www.rwi-essen.de/publikationen/jahresberichte/).*



### RWI Materialien

*RWI Materialien enthalten z.B. wissenschaftliche Diskussionsbeiträge, Gutachten und Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Themen sowie Dokumentationen.*

*» [www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/](http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/)*

#### **Heft 85 Peters, J.**

*Diskussionspapier: Von Staaten, Märkten und Subventionen – Paradigmenwechsel in der Armutsbekämpfung?*

#### **Heft 86 Bechara, P., T. Kasten und S. Schaffner**

*Dokumentation des RWI-Einkommensteuer-Mikrosimulationsmodells (EMSIM)*

#### **Heft 87 Andor, M., M. Frondel und S. Sommer**

*Diskussionspapier: Reform des EU-Emissionshandels: Alternativen zur Marktstabilitätsreserve*

## **Heft 88 Peters, J. und M. Sievert**

*The Provision of Electricity to Rural Communities through Micro-Hydro Power in Rural Indonesia*

## **Heft 89 Augurzky, B., A. Pilny und A. Wübker**

*Krankenhäuser in privater Trägerschaft 2015*

## **Heft 90 Rothgang, M., U. Cantner, J. Dehio, D. Engel, M. Fertig, H. Graf, S. Hinzmann, E. Linshalm, M. Ploeder, A. Scholz und S. Töpfer**

*Accompanying Evaluation of the Funding Instrument "Spitzencluster-Wettbewerb" (Leading-Edge Cluster Competition) of the Federal Ministry of Education and Research. Final Report - Summary*

## RWI Positionen

*RWI Positionen kommunizieren politikberatende Forschungsergebnisse und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen aus allen Kompetenzbereichen des RWI.*

» [www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-positionen/](http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-positionen/)

### **#64 Andor, M., M. Frondel und S. Sommer**

*Reform des EU-Emissionshandels, aber richtig! Alternativen zur Marktstabilitätsreserve*

### **#65 Andor, M., M. Frondel und S. Sommer**

*The right way to reform the EU emissions trading system*

### **#66 Fels, K., C. M. Schmidt und M. Sinning**

*BAföG Plus: Deutschlands Hochschulfinanzierung neu denken*

## RWI Projektberichte

*Das RWI übergibt seine Zwischen- und Endberichte von Gutachten, Stellungnahmen usw. als RWI Projektberichte an den jeweiligen Auftraggeber. Falls vom Auftraggeber freigegeben, stehen diese als kostenloser pdf-Download zur Verfügung.*

» [www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-projektberichte/](http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-projektberichte/)

### **RWI und forsa**

*Erhebung des Energieverbrauchs der privaten Haushalte für die Jahre 2011-2013.*

### **RWI und forsa**

*The German Residential Energy Consumption Survey 2011-2013*

## Ruhr Economic Papers

*Ruhr Economic Papers werden von den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Bochum (RUB), Dortmund (TUD) und Duisburg-Essen (UDE) sowie dem RWI gemeinsam herausgegeben. Die RGS Econ (RGS) ist Mit-Herausgeber.*

» [www.rwi-essen.de/rep](http://www.rwi-essen.de/rep)

### **#547 Avdic, D. und T. Büyükdurmus (RUB, RWI, UDE)**

*Communication Problems? The Role of Parent-child Communication for the Subsequent Health Behavior of Adolescents*

### **#548 Belke, A. und D. Gros (UDE)**

*Banking Union as a Shock Absorber*

### **#549 Breidenbach, P. (RUB, RWI)**

*Ready for Take-off? The Economic Effects of Regional Airport Expansion*

### **#550 Ludwig, J. (RGS, RUB)**

*Income Shocks or Insurance - What Determines Consumption Inequality?*

# Publikationen

**#551 Füllbrunn, S. und W. J. Luhan (RUB)**

*Am I my Peer's Keeper? Social Responsibility in Financial Decision Making*

**#552 Görlitz, K. und M. Tamm (RWI)**

*Parenthood and Risk Preferences*

**#553 Görlitz, K. und M. Tamm (RWI)**

*The Pecuniary and Non-pecuniary Returns to Voucher-financed Training*

**#554 Grimm, M., A. Munyehirwe, J. Peters und M. Sievert (RWI)**

*A First Step Up the Energy Ladder? Low Cost Solar Kits and Household's Welfare in Rural Rwanda*

**#555 Lenz, L., A. Munyehirwe, J. Peters und M. Sievert (RWI)**

*Does Large Scale Infrastructure Investment Alleviate Poverty? Impacts of Rwanda's Electricity Access Roll-Out Program*

**#556 Peters, J. und M. Sievert (RWI)**

*Impacts of Rural Electrification Revisited – The African Context*

**#557 Jäger, P. und T. Schmidt (RWI)**

*The Political Economy of Public Investment when Population is Aging – A Panel Cointegration Analysis*

**#558 Kitlinski, T. (RWI)**

*With or Without You – Do Financial Data Help to Forecast Industrial Production?*

**#559 Kitlinski, T. und P. an de Meulen (RWI)**

*The Role of Targeted Predictors for Nowcasting GDP with Bridge Models: Application to the Euro Area*

**#560 Kitlinski, T. (RWI)**

*The Robustness of the Effects of Public Investment in Infrastructure on Private Output: Evidence for Germany*

**#561 Reichert, A. R., H. Tauchmann und A. Wübker (RWI)**

*Weight Loss and Sexual Activity in Adult Obese Individuals: Establishing a Causal Link*

**#562 Ibararán, P., J. Kluge, L. Ripani und D. Rosas Shady (RWI)**

*Experimental Evidence on the Long-Term Impacts of a Youth Training Program*

**#563 Samoilova, E. und C. Vance (RWI)**

*Does Parenthood Make Happy People Happier? A Lifecycle Analysis Using Panel Quantile Regression*

**#564 Zwick, L. (RUB, RWI)**

*International Liquidity Shocks and Domestic Loan Supply in the Euro Area*

**#565 Oeking, A. und L. Zwick (RGS, RUB, RWI, UDE)**

*On the Relation between Capital Flows and the Current Account*

**#566 Micheli, M. (RWI)**

*Does Height Affect Labor Supply? Implications of Product Variety and Caloric Needs*

**#567 Salm, M. und A. Wübker (RWI)**

*Do Hospitals Respond to Increasing Prices by Supplying Fewer Services?*

**#568 Duttle, K. (UDE)**

*Disentangling Two Causes of Biased Probability Judgment – Cognitive Skills and Perception of Randomness*

## Neue Forschungsgruppen nehmen ihre Arbeit auf

Offiziell gestartet im Januar dieses Jahres, haben mittlerweile alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der neu eingerichteten Forschungsgruppen „Migration und Integration“ sowie „Klimawandel in Entwicklungsländern“ ihre Arbeit aufgenommen. Julia Bredtmann ist seit April als Leiterin der in den Kompetenzbereich (KB) „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ eingebetteten Forschungsgruppe „Migration und Integration“ tätig. Die Gruppe „Klimawandel in Entwicklungsländern“ ist dem KB „Umwelt und Ressourcen“ zugeordnet und wird geleitet von Jörg Peters, der seit 2005 am RWI entwicklungsökonomische Zusammenhänge und die Wirksamkeit von Entwicklungspolitik erforscht.



*Dr. Julia Bredtmann  
leitet die Forschungsgruppe  
„Migration und Integration“*



*Prof. Dr. Jörg Peters,  
Leiter der Forschungsgruppe  
„Klimawandel in  
Entwicklungsländern“*

### **Migration und Integration**

Die Forschungsgruppe „Migration und Integration“ beschäftigt sich mit der empirischen Analyse der Determinanten und Auswirkungen von Migration. Einer der Forschungsschwerpunkte der Gruppe liegt in der Untersuchung der ökonomischen und sozialen Integration von Einwanderern. Dies umfasst Studien zur Bedeutung der Migrations- und Arbeitsmarkthistorie sowie des kulturellen und sprachlichen Hintergrunds der Immigranten für ihre Integration bzw. Assimilation im Einwanderungsland. Als Indikatoren einer

erfolgreichen Integration werden sowohl ökonomische Größen wie Arbeitsangebot, individueller Lohn sowie Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg, als auch nicht-ökonomische Faktoren wie Heirats- und Fertilitätsentscheidungen betrachtet.

Neben Untersuchungen des Verhaltens von Einwanderern in den Zielländern beschäftigt sich die Forschungsgruppe auch mit den Folgen von Migration für die Herkunftsländer. Dies umfasst zum einen Analysen zu den Determinanten der Migrationsentscheidung und damit der Selektion von Migranten. Zum anderen untersucht die Forschungsgruppe die Folgen der Migration für die im Herkunftsland verbleibenden Familienmitglieder.

### **Klimawandel in Entwicklungsländern**

Der Kampf gegen Armut in Entwicklungsländern ist untrennbar mit den Herausforderungen des Klimawandels verbunden. Während Industrieländer bislang den Großteil der weltweiten Treibhausgasemissionen verantworten, stellen die Auswirkungen des Klimawandels in erster Linie eine Gefahr für Menschen in Entwicklungsländern dar. Die Ärmsten sind besonders gefährdet, da ihnen nötige Ressourcen für eine Anpassung an sich verändernde Umweltbedingungen fehlen. Darüber hinaus sind aber auch die klimarelevanten Emissionen aus Entwicklungs- und Schwellenländern zu betrachten.

Die Forschungsgruppe beleuchtet diese Herausforderungen aus zwei Blickwinkeln: Erstens werden kostengünstige Strategien zur Abschwächung des Klimawandels erforscht („climate change mitigation“). Zweitens wird untersucht, wie Menschen in Entwicklungsländern ihre Anpassungsfähigkeit an eine sich durch die globale Erderwärmung verändernde lokale Umwelt erhöhen können („adaptation to climate change“). Insbesondere wird zu den Themen Energiezugang, lokale Umweltbedingungen, Wasser, Mikrofinanzierung und Gender geforscht.

### Alte Mauern, neue Forschungsideen

Vom 27. bis 28. Juli zogen sich Doktorandinnen und Doktoranden sowie Post-Docs aus allen Kompetenzbereichen in die Jugendburg Gemen zurück, um beim RWI-Seminarwandern Forschungsideen miteinander zu diskutieren. Sowohl Neulinge als auch erfahrene „Wanderer“ waren dabei, so dass die Jungforscherinnen und -forscher von einer intensiven Betreuung profitieren konnten. Die obligatorische Wanderung fiel aufgrund Starkregens leider ziemlich ins Wasser - die anschließende Burgführung hellte die Stimmung aber schnell wieder auf.



*Stellten ihre Forschungsideen im Rittersaal mit Geheimtür und alten Seidentepichen an der Wand vor: die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Sommer-Seminarwanderns.*

### Veränderungen im RWI-Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat am 1. Juni Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl, Wissenschaftlicher Vorstand und Sprecher des Vorstands des Helmholtz-Zentrum Potsdam - Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ, zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Der renommierte Wissenschaftler folgt auf Dr. Eberhard Heinke, der seit dem Jahr 2000 Mitglied und seit 2004 Vorsitzender des RWI-Verwaltungsrates war. Als Dank für seine außerordentlich engagierte und erfolgreiche Tätigkeit hat die Mitgliederversammlung des RWI Herrn Dr. Heinke zum Ehrenmitglied ernannt.

Zudem wählte der Verwaltungsrat Prof. Dr. Wim Kösters erneut zum Vorstandsmitglied des RWI.



*Dr. Eberhard Heinke, RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt und Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl. (v.l.n.r.).*

Die Mitgliederversammlung des RWI hatte zuvor Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl, Prof. Dr. Claudia Buch, Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, und Josef Zipfel, Hauptgeschäftsführer des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages (NWHT), einstimmig neu in den RWI-Verwaltungsrat gewählt. Hansjürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl und Vorsitzender des Stahlinstituts VDEh, wurde einstimmig für weitere drei Jahre als Mitglied des Verwaltungsrates bestätigt.

Mit Dr. Hans Georg Fabritius und Dr. Thomas Köster legten zwei langjährige Mitglieder des RWI-Verwaltungsrates vorzeitig ihre Mandate nieder.

### Vier neue Mitglieder im RWI-Forschungsbeirat

Die Mitgliederversammlung des RWI hat am 1. Juni einstimmig drei Wissenschaftlerinnen und einen Wissenschaftler neu in den Forschungsbeirat des RWI berufen. Es handelt sich dabei um Prof. Dr. Alexia Fürnkranz-Prskawetz (Leiterin des Instituts für Wirtschaftsmathematik der Technischen Universität Wien), Prof. Timothy W. Guinnane, Ph.D. (Philip Golden Bartlett Professor of Economic History, Department of Economics der Universität Yale), Prof. Dr. Kerstin Schneider (Inhaberin des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft und

Steuerlehre an der Bergischen Universität Wuppertal) sowie Prof. Conny Wunsch, Ph.D. (Professorin für Arbeitsmarktökonomie an der Universität Basel).

Wiederberufen in den RWI-Forschungsbeirat wurden Prof. Dr. Lars P. Feld (Universität Freiburg), Prof. Dr. Stefan Felder (Universität Basel), Prof. Timo Goeschl, Ph.D. (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Kai Konrad (Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, München), Prof. Dr. Wolfgang Leininger (Technische Universität Dortmund) und Prof. Regina T. Riphahn, Ph.D. (Universität Erlangen-Nürnberg).

Ausgeschieden aus dem RWI-Forschungsbeirat sind der bisherige Vorsitzende Prof. Dr. Justus Haucap und der stellvertretende Vorsitzende Prof. Michael C. Burda, Ph.D., da deren Wiederberufung nach zwei Wahlperioden gemäß RWI-Satzung nicht möglich ist. Prof. Dr. Nicola Fuchs-Schündeln, Ph.D., legte auf Grund anderer Verpflichtungen ihr Amt nieder.

Die neuen Vorsitzenden werden während der kommenden Forschungsbeiratssitzung im November gewählt; den kommissarischen Vorsitz hat derzeit Frau Riphahn inne.

## Social Media-Reichweite steigt

Nach knapp einem Jahr war es am 1. August so weit: Der RWI-Facebook-Account „RWI.Essen“ überschreitet die 200-Likes-Marke. Fast zeitgleich erreichte der Twitter-Account „@RWI\_Essen“ mehr als 300 Follower. Danke dafür an alle, die unsere Social Media-Kanäle Facebook, Twitter oder Flickr abonniert haben! Wer noch nicht auf den „Like“ oder „Follow“ Button geklickt hat: Über Twitter erfahren Sie schnellstmöglich von neuen Forschungsergebnissen oder Medienbeiträgen des RWI. Bei Facebook erhalten Sie zusätzlich Einblicke in den Institutsalltag – das RWI zeigt dort etwas mehr Gesicht.



## Philipp Breidenbach neu im Leitungsteam des FDZ Ruhr

Der bisherige Referent des Vorstands Philipp Breidenbach hat im Juli die Leitung des FDZ Ruhr am RWI im Rahmen einer Elternzeitvertretung übernommen. Unterstützt wird er bei seiner neuen Aufgabe vom stellvertretenden FDZ-Leiter Rüdiger Budde. Neben seiner Leitungstätigkeit wird Philipp Breidenbach weiterhin Wissenschaftler im Kompetenzbereich „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“ sein.



## „Forschung auf höchstem Niveau“



Am 26. Juni besuchte Prof. Matthias Kleiner, Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, das RWI. Vor Ort informierte er sich über die Forschungsarbeit, diskutierte mit Doktorandinnen und Doktoranden und stellte den Mitarbeitern zum Abschluss seine Gedanken zur Zukunft der Leibniz-Gemeinschaft vor. Foto (v.l.n.r.): Prof. Dr. Wim Kösters, Prof. Dr. Thomas K. Bauer (beide RWI-Vorstand), Prof. Matthias Kleiner, RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt und der kaufmännische Geschäftsführer Dr. Stefan Rumpf.

## Frisch promoviert

Am 22. Juli haben vier RWI-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Promotionsverfahren an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum erfolgreich abgeschlossen:



Philipp Breidenbach, Referent des Vorstands und Wissenschaftler im KB „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“, hat seine Dissertation zum Thema „Support – Stimulate – Succeed? – Effects of Public Investments on the Alleviation of Regional Economic Inequalities“ verfasst. Betreut wurde

er von RWI-Präsident Christoph M. Schmidt und RWI-Vizepräsident Thomas K. Bauer.

Rui Dang, Absolvent der Ruhr Graduate School in Economics und zuletzt Wissenschaftler im KB „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“, hat im Rahmen seiner Promotion zum Thema „Empirical Essays on Social Interactions and Health Inequality“ geforscht. Thomas K. Bauer betreute diese Arbeit ebenfalls.



Auch der KB „Umwelt und Ressourcen“ erhält Zuwachs bei den Post-Docs: Maximiliane Sievert promovierte zum Thema „Rural Electrification and Poverty Reduction. Empirical Insights from Sub-Saharan Africa“, betreut durch Christoph M. Schmidt.



Lina Zwick, Referentin des Vorstands und Wissenschaftlerin im KB „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“, promovierte bei Christoph M. Schmidt und RWI-Konjunkturchef Roland Döhrn. Der Titel ihrer Dissertation lautet „Catalyst or Inhibitor? Implications of Financial Market Integration for Capital Flows and the Domestic Economy“.

## Sommer, Sonne – Sommerfest



Am 25. Juni fand das traditionelle Sommerfest für RWI-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter statt. Am Grill stand wie jedes Jahr der RWI-Vorstand. Fast 70 RWIler kamen bei bestem Sommerwetter in den Genuss von Salaten, Steaks und Würstchen. Zum ersten Mal waren explizit auch Familienmitglieder der Belegschaft eingeladen – für den Nachwuchs gab es sogar ein Extra-Kinderprogramm.





**Dr. Christian Bünnings** ist seit Mai 2015 als Wissenschaftler im KB „Gesundheit“ tätig. Seit Juni 2015 arbeitet er zudem als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für „Statistik und Quantitative Methoden der Empirischen Wirtschaftsforschung“ der Universität Paderborn. Er

studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln. Seine Studienschwerpunkte lagen auf den Bereichen Statistik/Ökonometrie, Mikroökonomie und Finanzwissenschaften. Nach Stationen in der Wirtschaft war Christian Bünnings von April 2012 bis April 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am gesundheitsökonomischen Forschungszentrums CINCH in Essen, wo er im April 2015 durch die Universität Duisburg-Essen promoviert wurde.

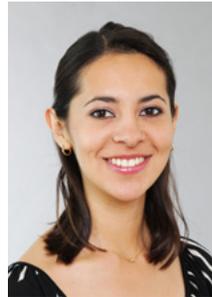
**Lisa Sofie Höckel** ist seit Mai 2015 als Wissenschaftlerin und Doktorandin der Forschungsgruppe „Migration und Integration“ im KB „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ tätig. Sie studierte Politische Ökonomik an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Ihr Masterstudium absolvierte sie an der Georg-August-Universität Göttingen sowie an der Stellenbosch Universität, Südafrika.



Seit April 2015 forscht **Luciane Lenz** als Wissenschaftlerin und Doktorandin in der Forschungsgruppe „Klimawandel in Entwicklungsländern“ im KB „Umwelt und Ressourcen“. Sie absolvierte ihr Bachelorstudium in Internationalem Management an der Universität Flensburg. Anschließend

studierte sie Entwicklungsökonomik (Master) an der Georg-August Universität Göttingen. Im Rahmen ihrer

vorherigen RWI-Tätigkeit als studentische Hilfskraft begleitete sie unter anderem eine viermonatige Datenerhebung in Ruanda.



**Maria Fernanda Martinez Flores** arbeitet seit Juni 2015 als Wissenschaftlerin und Doktorandin der Forschungsgruppe „Migration und Integration“ im KB „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“. Sie studierte Wirtschaftswissenschaft an der Aalto University (Finnland) sowie im Instituto Tecnológico y de Estudios Superiores de Monterrey (Mexiko, BA 2012). Ihr Masterstudium absolvierte sie an der Ruhr-Universität Bochum (MSc 2015).

Seit April 2015 ist **Christina Vonnahme** als Wissenschaftlerin und Doktorandin in der Forschungsgruppe „Migration und Integration“ im KB „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ des RWI tätig. Sie studierte International Economics an der Universität Tübingen sowie an der Universidad Nacional de Córdoba, Argentinien (BSc 2011). Ihr Masterstudium der Volkswirtschaftslehre absolvierte sie an der Universität Heidelberg (MSc 2015).



**Christiane Wuckel** forscht seit Mai 2015 als Wissenschaftlerin im KB „Gesundheit“. Sie studierte Staatswissenschaften an der Universität Erfurt (BA) und Internationale VWL an der Georg-August-Universität Göttingen sowie der Universität Stellenbosch (MA). Während des Studiums arbeitete sie als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Ökonometrie.

## RWI News

### Nr. 2/2015 (August)

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung  
Hohenzollernstraße 1-3  
45128 Essen

Fon: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200

[rwi@rwi-essen.de](mailto:rwi@rwi-essen.de)

[www.rwi-essen.de](http://www.rwi-essen.de)

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Katharina Fischer (Tel. -244), Sabine Weiler (V.i.S.d.P.)

Layout: Daniela Schwindt, Julica Bracht

Bildnachweis: CINCH (14), Universität Duisburg-Essen (15), DFG/UNU (15/16),  
Industrie-Club e.V. Düsseldorf (16/17), Bundesregierung / Steffen Kugler (18),  
Ruhr-Universität Bochum (18), RWI (2, 17, 19, 20, 23-27)

ISSN 1612-3581